
Heft:

Der Riesterbetrug

Wenn sie im Querformat die Vorder- und Rückseite bedrucken, so erhalten sie gefalzt und geheftet eine DIN A 5 Broschüre.

Die Seitenzahlen entsprechen dem. Für den Heftdruck müssen sie Seite 1 dieser Datei löschen. Auf der Seite steht diese Bemerkung.

Es gibt sie noch - Abgeordnete die das Grundgesetz in Anspruch nehmen!

Grundgesetz Artikel 38

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und **nur ihrem Gewissen unterworfen.**



Klaus Barthel
Starnberg



Dr. Edelbert Richter
Weimar-Apolda-
Erfurt



Dr. Ernst Dieter
Rossmann
Pinneberg



Thomas Sauer
Herzogtum
Lauenburg



René Röspel
Hagen



Dr. Sigrid
Skarpelis-Sperk
Bayern



Rüdiger Veit
Gießen



Klaus Wieseheügel
Hessen I



Waltraud Wolff
Elbe-Havel



Gudrun Roos
Saarland

Positionspapier zur Rentenreform

**Innovation und Gerechtigkeit
bei der Alterssicherung einlösen -
Rentenpläne der
Bundesregierung korrigieren.**



Nicht vergessen!

Vorwort November/Dezember 2000

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,
ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Obwohl wir seit 2 Jahren eine sozialdemokratisch geführte Regierung haben, ist die Freude hierüber nicht ungetrübt.
Neben vielen Verbesserungen zu- gunsten der einfachen Menschen, gab und gibt es Ereignisse und Entscheidungen, bei denen sich mancher der auf der Straße für die Ablösung der Regierung Kohl eingetreten ist fragt:

War es das wert?

Dazu gehört neben dem Angriff der US-NATO, mit deutscher Beteiligung, auf Jugoslawien, die

Steuerreform, die den Unternehmern einen „warmen Regen“ bescherte, bei gleichzeitiger Kürzung staatlicher Leistungen mit entsprechenden Personalkürzungen.

Der „Hammer“ ist aber das, was ein sozialdemokratischer Minister in Sachen Renten-„Reform“ vorhat.

Dies ist auch der inhaltliche Schwerpunkt dieses Heftes, das in Zukunft monatlich erscheinen soll.

Über diese Probleme und die weitere Verbesserung unserer Arbeitsweise werden wir im Neuen Jahr zu sprechen haben.

Vorwort für den Nachdruck Juli 2004

Vor 3 1/2 Jahren gab unsere Abteilung dieses Heft heraus.

Viele von uns glaubten, die SPD auf sozialdemokratischem Kurs halten bzw. wieder bringen zu können. Wir alle unterschätzten die Entschlossenheit des Genossen der Bosse, aus Deutschland einen Unternehmerstaat zu machen und überschätzten das soziale und demokratische Bewußtsein, sowie die Zivilcourage der Mitglieder der SPD. Besonders die Zivilcourage und Prinzipientreue sind auf der Strecke geblieben. Die auf der letzten Seite abgedruckten Abgeordneten sind ein unrühmliches Beispiel hierfür. Mit großem Engagement und wohlbegründet fochten sie gegen die Zerstörung des Sozialstaats durch die Schröder-Sozis, am Schluß stimmten sie für das „Schandgesetz“ der Herren Schröder/Riester. Inzwischen fordert die FDP die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung und die Schröder-Sozis treiben mit Hartz IV, Millionen Menschen in Armut, aus ihren angeblich zu großen Wohnungen und in unwürdige Arbeit! Selbst die größten Pessimisten hätten eine solche Entwicklung nicht für möglich gehalten! Aber es gibt auch eine hoffnungsvolle Entwicklung:

Tausende von klugen und aufrechten Sozialdemokraten haben die SPD verlassen.

Eine nach der anderen Wahl gehen für die SPD verloren.

Der Widerstand gegen die Schröder-Sozis formiert sich.

Die Wiederherstellung des Sozialstaats wird mühsam und langwierig sein.

Selbst wenn die SPD sich entschredert, wird sie dabei keine bedeutende Rolle mehr spielen. Schröder hat diese einst soziale und große Partei gründlich ruiniert!

Für die zukünftige Diskussion:

Die **Würde des Menschen** ist unantastbar! So steht es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Unser Leben ist einzigartig, aber auch **zeitlich begrenzt!** Ein verfluchtes Leben kann nicht wiederholt werden!

Es ist die Arbeit die die Werte schafft. Es sind die „Arbeitsbienen“ die in unermüdlicher Arbeit unsere Lebensgrundlagen schafft und darüberhinaus ein unübersehbares Heer von Schmarotzern in Politik, Wirtschaft und Medien erhält. Das sind diejenigen die der Mehrheit des Volkes das Fell über die Ohren ziehen und sich selbst von den Früchten der Arbeit des Volkes mästen!

Die Logik des Kapitals ist die Krankheit der Vernunft

Wirtschaftswachstum

Einmütig schreit die Nation nach Wirtschaftswachstum. Es wird dabei nicht gesagt was da „wachsen“ soll, wieviel lebendiges, einmaliges Leben es kostet und wieviel Natur verbraucht wird.

Schafft Arbeitsplätze

Genauso ideotisch ist diese Forderung. Anstatt zu sagen was man/frau wirklich will, nämlich die Mittel zum Leben, schreit der Sklave nach seinem Herrn: „Herr beute mich aus!“ Und wenn er dann einen Arbeitsplatz am Müllsortierband oder der Aldi-Kasse für einen Hungerlohn bekommen hat, muß er seinem Ausbeuter die Füße küssen.

Senkt die Lohnnebenkosten

Auch diese ideotische Forderung wird von Unternehmern und Arbeitnehmern, unterstützt von den Schmarotzern, gleichermaßen erhoben. Nicht einmal dann, wenn die Arbeitnehmer ihre Riester-Rente, das Krankengeld, den Zahnersatz und die Heilmittel privat und alleine bezahlen müssen, bekommen sie mit, daß das was mit ihrer ideotischen Forderung zu tun hat. Die Unternehmer reiben sich die Hände, weil sie tatsächlich dabei etwas sparen!

Unsichtbar macht sich die Dummheit,
in dem sie massenhaft auftritt!

Bertolt Brecht

Was tun?

Alle Finanzierungsvorschläge müssen vom gesellschaftlich geschaffenen Reichtum ausgehen(Sozialprodukt).

Wenn es um Einsparungen geht, muß die gesamte Wirtschaft einer kritischen Prüfung unterzogen werden. (Was brauchen wir eine „Kanzler-U-Bahn“?).

Die Realisierung der Vorschläge des Bundesrechnungshofes bringt auch Geld.

Prüfen müssen wir auch, ob wir uns ein so riesiges Heer von Schmarotzern leisten können wie sie sich in der Politik, den Verbänden und Instituten tummeln und in TV-Talkshows ihre Vorschläge zum „Gürtel-enger-schnallen“ (bei anderen) zum Besten geben.

Stimmen der Vertreter der Arbeitnehmer und Rentner gegen den „Versicherungsvertreter“



Frank Bsirske (ÖTV-Vorsitzender):

„Und für mich, Kolleginnen und Kollegen, ist das Thema Rentenreform mit dem „Kanzler-basta“ überhaupt noch nicht ausgestanden. Ich hab' gestern abend gehört, hier gib'ts einen Antrag von Pforzheimer Kolleginnen und Kollegen die setzen dem „basta“ ein „avanti“ entgegen.“

Klaus Zwickel (IG Metall-Vorsitzender):

„Es geht vor allem jetzt um eine Korrektur was das zukünftige Rentenniveau betrifft. Die jetzige Vorlage kann und wird von uns nicht akzeptiert werden können. Das würde dazu führen, dass ein nicht unerheblicher Teil der künftigen Rentnerinnen und Rentner eben im wahrsten Sinne des Wortes in Altersarmut fallen würden.“



Otmar Schreiner (SPD):

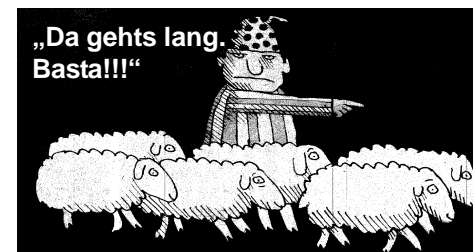
„Ich halte es für unabdingbar, dass zumindest auf die lange Zeitachse, unter Beachtung von Vertrauensschutzgesichtspunkten, alle Formen der Erwerbstätigkeit, einschließlich selbständiger Arbeit, einschließlich Beamten, einschließlich Politiker in die gesetzliche Rentenversicherungspflicht einbezogen werden.“

Kanzler-Demokratie!

Bundeskanzler

Gerhard Schröder auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag zur Renten-„Reform“:

„Das werden wir tun, weil es notwendig ist. Du kannst so viel erzählen, wie Du glaubst, erzählen zu sollen - es ist notwendig und wir werden es machen. Basta! „
(Pfiffe, Buh-Rufe).



Der Zwischenrufer:
Genosse
Dr. Dietrich Schulze



Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!



Das „Brot“ des Vorwärts wurde gespendet:

- 1 mal von der Chemieindustrie
- 2 mal von der Zigarettenindustrie
- 3 mal von der Bundesregierung
- 7 1/2 mal von der Finanzwirtschaft

Egal wie man/frau das beurteilt, Fakt bleibt, daß die Zigarettenindustrie mit ihren „Todesstengeln“ einen wirksamen Beitrag zur Entlastung der Rentenversicherung leistet und der Entspannung am Arbeitsmarkt dient und das sollte man angesichts der „demographischen Katastrophe“ die auf uns zurollt, nicht unterschätzen oder mies machen.

Die Bundesregierung liebt den „Vorwärts“ ebenfalls. Sie ließ sich die Liebe 3 Seiten Werbung für Riesters „Herzstück“ kosten. Die Chemie-Branche ist nur mit einer Seite vertreten. Das ist zu wenig! Wenn sie weiter ihre Pharmaprodukte auf Kosten der Krankenversicherung loswerden will und darüberhinaus auch noch die Genehmigung zur Genmanipulation haben will, dann muß da schon etwas mehr für den Vorwärts abfallen!

„Ohne Moos nix los!



Viele Genossinnen und Genossen haben sich wiederholt gefragt warum die Bundesregierung das Verbot der Tabakwerbung verhindert hat. Millionen Tote und Milliarden Krankheitskosten durch Lungen- und Kehlkopfkrebs, als Folge des Rauchens, verursachen nicht nur schreckliches Leid, sondern belasten auch die Volkswirtschaft schwer.

Jetzt haben einige Leserinnen und Leser des „Vorwärts“ (der eigentlich „Rückwärts“ heißen müßte) den Verdacht geäußert, daß dies damit zusammenhängen könnte, das sich der „Vorwärts“ zum Anzeigenblatt der Zigarettenindustrie gemauert hat. Allein in der Ausgabe 12/2000 finden wir 2 ganzseitige Anzeigen dieser „Todesindustrie“!

Beim Nachdenken über diesen Sachverhalt fiel auf, daß auch die Kapital- und Finanzwirtschaft im „Vorwärts“ für ihre Produkte wirbt. In der Ausgabe 12/2000 erschienen 7 1/2 Seiten dieser Finanzdienstleister. Sollte es da einen Zusammenhang mit Walter Riesters Renten-„Reform“ und seinem „Herzstück“ der Privatvorsorge geben?

Sage niemand er habe es nicht wissen können!

Renten-Reform oder neuer Trick zur Umverteilung?

Es dürfte in der Geschichte der SPD (der Partei der sozialen Gerechtigkeit) ein einzigartiger Vorgang sein, wie durch ein Mitglied der SPD ein bewährtes Sozialsystem zerschlagen wird, um eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben durchzusetzen. Ob Absicht, Orientierungslosigkeit oder Feigheit vor den wirtschaftlich Mächtigen ist dabei von untergeordneter Bedeutung. Tatsache ist, noch nie hat ein „Versicherungsvertreter“ den Versicherungen eine solche Flut von neuen Verträgen und damit Versicherungsbeiträgen verschafft, wie „Arbeits- und Sozialminister“ Walter Riesters mit seinem indirekten Zwang zur privaten Vorsorge! Die Unternehmer wissen warum sie ihn Loben und ermuntern an seinem Kurs, auch gegen die Arbeitnehmer, Rentner und deren Interessenvertretern, den Gewerkschaften, festzuhalten.

Enttäuschend ist, wie die negativ davon Betroffenen und ihre Organisationen hierauf reagieren! Sie tappen in die „Riester-Falle“ und lassen sich auf Detail-Diskussionen ein, die den Blick auf die prinzipielle „Schweineerei“ verstellen. Sie behandeln diese Frage überwiegend wie eine Tarifverhandlung und streiten sich um Prozente, Laufzeiten usw. Damit haben sie sich auf ein Terrain begeben auf dem sich der „Tarifklempner“ Riesters bestens auskennt und wo sie schon verloren haben bevor die Verhandlungen beginnen. Schiebt man/frau mal den ganzen „Riesterschen Nebel“ beiseite, dann geht es bei dieser Renten-„Reform“ im Kern

um einen Systemwechsel! Horst Seehofer (CSU) nennt das „Quantensprung“, den er befürwortet.

Was ist das Problem?

Die **bisherige Finanzierungsgrundlage** der gesetzlichen Rentenversicherung reicht nicht mehr aus, um den im Grundgesetz festgeschriebenen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen zu erfüllen. Eine Reform ist dringend erforderlich. Kern dieser Reform muß die Verbesserung der **Einnahmen** der gesetzlichen Rentenversicherung sein.

Was aber macht W. Riesters ?

Er will „**Generationengerechtigkeit**“ herstellen, indem die Alten weniger Leistungen (Renten) bekommen und die Jungen mehr Leistungen (Beiträge) erbringen. Mit dieser Auslegung des „Generationenvertrages“ zeigt Walter Riesters, daß er den Inhalt dieses „Vertrages“ überhaupt nicht begriffen hat.



Generationengerechtigkeit heißt, daß die jeweils im aktiven Arbeitsleben stehenden für diejenigen sorgen, die noch nicht oder nicht mehr einer Erwerbsarbeit nachgehen. Nach wie vor erbringen die Älteren ihren Beitrag zur Generationengerechtigkeit, in dem sie unter großen Opfern die Jüngeren aufziehen und ausbilden. Es wird geschätzt, daß dies in Geld ausgedrückt 300.000,- DM ausmacht (bis zum 18. Lebensjahr).

Dazu kommen die Einkommensverzichte für die staatlichen Ausgaben und die Investitionen in der Wirtschaft.

Das die Jüngeren anschließend dafür zu sorgen haben, daß ihre Ernährer und Ausbilder einen menschenwürdigen, sorgenfreien Lebensabend haben, ist ja wohl klar und wird von diesen auch nicht bestritten, wenn man sie nicht auf eine „falsche Fährte“ lockt wie Walter Riester es tut. Er macht aus den **Einahmeproblemen** der gesetzlichen Rentenversicherung ein „Generationen-Problem“. Damit betreibt er objektiv irreführende „Volksverhetzung“! Wir haben kein „Generationenproblem“ sondern ein gesellschaftliches Verteilungsproblem!

Die Frage lautet:

Wie und wofür soll der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum verteilt werden! Dieser Frage weicht Walter Riester aus und macht im Interesse der Reichen daraus ein „Generationenproblem“.

Riesters Gesetzentwurf

Die Hauptkritikpunkte:

1. Die Renten sollen weiter gesenkt werden, obwohl sie seit 1977 schon um ein knappes Drittel gegenüber den gesetzlichen Ansprüchen von 1957 vermindert wurden (Prof. Miegel).

2. Die Beiträge für die Arbeitnehmer sollen erhöht werden (bis zu 11% gesetzliche Rentenversicherung, plus 4 % private Vorsorge) damit die Unternehmer von den „Lohnnebenkosten“ befreit werden können.

3. Der Systemwechsel

4. Die falsche Fährte

4. Falsche Hoffnungen

5. Die Wohltaten der Regierung

6. Futter für die Haie

7. Die „Zocker-Republik“

Hoffentlich verschläft er nicht die Renten-„Reform“!



Stefan Zackenfels

Ein kleines Nickerchen sei ihm gegönnt! Die Vereinigung der SPD Friedrichshain/Kreuzberg und die Zusammenführung der beiden Stadtbezirke waren sehr kräftezehrend. Besonders das neue Bündnis aus PDS-SPD und Grünen zu schmieden, kostete viel Kraft. Dank der Beharrlichkeit und des Geschicks von Stefan konnte dieses zukunftsweisende Projekt gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt werden. Allerdings darf die Bewältigung aktueller tagespolitischer Fragen nicht den Blick für zukünftige gesamtgesellschaftliche prinzipielle Entwicklungen verstellen. Gegenwärtig geht es darum, ob die Bundesrepublik als Sozialstaat erhalten und ausgebaut werden kann.

„Stoppt Riester - rettet den Sozialstaat!“ das ist die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe für Sozialdemokraten und Gewerkschafter und da könnte der Kreis Friedrichshain-Kreuzberg noch einiges tun. Dazu gehören nicht nur eindrucksvolle Kreisaktivitäten, sondern auch solche „Kleinigkeiten“ wie die Ankündigung der Diskussionsveranstaltung zur Renten-Reform, mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Barthel, in der „Roten Brücke“.

Damit sollen nicht etwa Abteilungskaktivitäten auf den Kreis abgeschoben werden, die 12. und 10. Abteilung haben die Organisierung dieser Arbeit gerne übernommen, aber der Kreis gehört dazu!

Hoffen wir, dass sich da einiges ändert!



Für Januar 2001 ist eine weitere Veranstaltung geplant. Es gilt insbesondere in den Betrieben und Verwaltungen die negativen Folgen der Riesterschen „Reform“ darzustellen und sie durch eine tatsächliche Reform zu ersetzen.

Es kann sein, daß hierfür die politische Kraft der SPD und Gewerkschaften nicht ausreicht und die wirtschaftlich Mächtigen sich durchsetzen - dann aber bitte nicht im Namen der SPD. Diese Partei ist nach ihrem Herkommen aber auch nach ihrer heutigen Mitgliederzusammensetzung die Partei der sozialen Gerechtigkeit.



Sozialdemokraten dürfen ihre Partei nicht den „Riesters“, „Blairs“ und „New Economy“ überlassen.



Der Generationen-Vertrag

Johannes Jügel als junger „Leistungsträger“ und Gerhard Zock als älterer „Leistungsträger“ beraten gemeinsam wie sie den



Spaltungsversuchen von Walter Riester entgegentreten können. Bekanntlich „hetzt“ Walter Riester die jüngeren Menschen gegen die älteren auf indem er den „Generationen-Vertrag“ auf das Verhältnis: Beiträge der Jüngeren zu Renten der Älteren reduziert und damit die Rentenkürzungen und Senkung der „Lohnnebenkosten“ begründet.

Der Generationen-Vertrag hat aber einen viel weitergehenden Inhalt:

Die jeweils erwerbstätige Bevölkerung gönnt sich nicht nur das Vergnügen des „Kindermachens“ sondern übernimmt danach auch die enormen Kosten und Verzichtleistungen für die Erziehung, Ausbildung und den Unterhalt der gezeugten Kinder.

Neben diesen familiären Opfern leisten die Eltern darüberhinaus auch gesellschaftliche Beiträge zur Zukunftssicherung des Gemeinwesens:

Durch Lohnverzichte und Steuerzahlungen sorgen sie dafür, daß die für den Betrieb und die Modernisierung der Volkswirtschaft erforderlichen Investitionen erfolgen können und der Staat die für die Entwicklung von Volkswirtschaft und Gesellschaft erforderlichen Mittel erhält.

Die Gegenleistung der jüngeren Generation besteht darin, daß sie mit ihren Sozialversicherungs- und Steuerbeiträgen dafür sorgen, daß alle Menschen, die nicht einer Erwerbstätigkeit nachgehen, dennoch ein menschenwürdiges Leben führen können.

Stoppt Riester - rettet den Sozialstaat!



Organisiert und durchgeführt von der 12. und 10. Abteilung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg, fand am 28.11. 2000 eine Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten **Klaus Barthel**, zum Thema Rentenreform statt.

Der Genosse Barthel zählt zu den Mitverfassern eines Gegenkonzepts, zu den Renten -"Reform"-Plänen von Walter Riester. Nach einer etwas zu langen Darstellung von Walter Riesters „Verbesserungen“ (das kannten alle schon) ging es zum Kern der Sache:

Löst Riesters Konzept die Einnahmeprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung?

Bedeutet die Privatvorsorge den Einstieg in den Ausstieg aus der gesetzlichen Rentenversicherung? Welche gesellschaftlichen Folgen hat es, daß die Regierung den Finanzkapitalisten Milliarden Versicherungsbeiträge zuschanzt?

Was bedeutet die staatliche Förderung der privaten Vorsorge für die Handlungsfähigkeit des Staates?

Die Versammlung war sich einig, daß die Renten-"Reform" von Walter Riester keines der Probleme in der gesetzlichen Rentenversicherung löst. Im Gegenteil,

die Probleme werden größer! Die Renten - „Reform“ von Walter Riester ist mittel- und langfristig eine Katastrophe für die Mehrheit der Bevölkerung. Sie höhlt den Sozialstaat weiter aus und fördert eine Gesellschaft in der jeder gegen jeden kämpft. Förderung der Eigenverantwortung nennt man/frau das.

Eine Rentenreform die diesen Namen verdient muß die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine breite gesellschaftliche Grundlage stellen. In dem Konzept der „aufrechten Zehn“ heißt es hierzu:

Die gesetzliche Rentenversicherung ist zu einem System der Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln, deren finanzielle Basis durch Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und durch Einbeziehung aller Einkommensarten zu stabilisierne ist.....

Paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen. Sollte das Tabu der Beitragssatzstabilität aufrecht erhalten werden, so ist der Arbeitgeberanteil künftig nicht mehr allein lohnbezogen zu finanzieren (und damit nicht mehr lohnnebenkostensteigernd) sondern auf neuen Wegen. Zu denken wäre hier an Finanzierungsmodelle, die statt an der Rechengröße „Lohn“ an Kapitalerträgen und Vermögen - evtl. auf gesamtwirtschaftlicher Basis - ansetzen.



Das letzte Wort ist hierzu noch nicht gesprochen. Wichtig ist, das jetzt der „Regierungspropaganda“ Aufklärung entgegengesetzt wird.

Der Systemwechsel

Spare in der Zeit,
so hast du in der Not!

Nach diesem Grundsatz verfahren die Menschen bis zum Jahre 1957. Sie legten von ihrem Arbeitseinkommen einen Teil zurück (Rentenversicherungsbeitrag), damit sie in einkommenslosen Zeiten die Mittel zum Leben haben. Dieses Verfahren nannte man „**kapitalgedeckt**“.



Nachdem aber in zwei großen Katastrophen (Inflation 1923 und Ende des 2. Weltkrieges 1945) diese Ersparnisse flöten waren, dachte man/frau über andere Finanzierungen der Lebensrisiken nach.

Erstaunlicherweise war es die CDU, die ein anderes Finanzierungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung einführte: Die **Umlagefinanzierung!**

Der Grundgedanke war, nicht auf die Vergangenheit zu setzen, sondern vernünftigerweise die jeweils erarbeiteten Lebensmöglichkeiten für alle Menschen aktuell zu nutzen. D.h., die nicht im Arbeitsprozeß stehenden Menschen leben von den Produkten, die, die im Arbeitsleben stehenden Menschen herstellen. Ein vernünftiger und naheliegender Gedanke. Die zum Leben notwendigen Lebensmittel kann man/frau ja nicht ansparen. Wenn sie gebraucht werden, sind sie längst verfaut oder wie bei der Inflation 1923 und im Krieg 1939-1945 längst entwertet oder vernichtet.

Das Instrument der neuen Daseinsvorsorge wurden die Landesversicherungsanstalten und die BfA. Sie sind die Beitragssammelstellen und Verteiler für die Renten- und sonstigen Versicherungsleistungen. Ihr „Geschäftszweck“ ist nicht die Profitmaximierung, ihre Geschäftspolitik wird demokratisch durch die Selbstverwaltung kontrolliert.

Die Beiträge werden paritätisch durch Arbeitnehmer und Unternehmer aufgebracht. Ihre Höhe ergibt sich aus den gesetzlich festgelegten Ausgaben. Grundsatz für die Rentenhöhe ist, daß die Rentner an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben sollen.

Dieses System ist nicht in Schwierigkeiten geraten weil die Ansprüche der Rentner zu hoch sind, sondern weil die Finanzierungsgrundlage zu eng ist. Das **Arbeitseinkommen** der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer zur Grundlage der Beitragserhebung zu machen ist weder logisch noch sicher.

Grundlage der Rentenleistungen muß der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum sein. Vorschläge wie das zu regeln ist, gibt es. Rudolf Dressler hatte schon vor vielen Jahren die „Maschinensteuer“ gefordert, die PDS nennt das „Wertschöpfungsabgabe“. Andere Vorschläge wollen den Kreis der Versicherungspflichtigen ausweiten. Immer geht es um eine Verbesserung der Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Davon will Walter Riester nichts wissen. Er will die Renten kürzen, die Beiträge erhöhen und sein „**Herzstück**“ einführen: die teilweise Rückkehr zu einem „Pleitesystem“, der kapitalgedeckten Rentenversicherung. Die Beiträge hierfür sollen die Arbeitnehmer **privat** aufbringen. Das löst nicht das Problem der Rentenversicherung sondern dient den „Finanzhaien“!

Die falsche Fährte

„Die Rentner
verfressen
die Zukunft
der Jugend!“



Walter Riester: „Wir haben immer mehr Rentner, die immer länger leben. Gleichzeitig haben wir immer weniger Beitragszahler, die für die Rentner aufkommen müssen.“

Mit dieser Gegenüberstellung suggeriert die Regierung:

„Die Rentner
verfressen die Zukunft der Jugend“,
Sie fordert „Generationengerechtigkeit“!
Das ist objektiv eine volksverhetzende Irreführung. Sie lenkt von den tatsächlichen Ursachen der Probleme in der Rentenversicherung ab und lockt die Menschen auf eine falsche Fährte. Das Problem der Rentenversicherung besteht nicht in zu hohen Leistungen sondern in zu geringen Einnahmen. Wenn wir wissen wollen wieviel Rentner, für wie lange, mit welchen Ansprüchen wir uns „leisten“ können, dann müssen wir die Rentner dem gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum gegenüberstellen und dessen Verteilung diskutieren!

Keine Kannibalen

Die Rentner leben nicht von den Beitragszahlern sondern von deren Arbeitsergebnissen. Sie sind ja keine Kannibalen!



Horst Seehofer:
(Stellv. CDU/CSU-
Fraktionsvorsitzender)

Die Menschen, die damals SPD wählten, sind nicht von einer Rentensenkung ausgegangen und davon, dass die jungen Menschen die großen Verlierer werden würden. Die junge Generation ist von den jetzigen Einschränkungen bei der Rente betroffen.

Die junge Generation bezahlt immer mehr, bekommt aber immer weniger, und das ist ein tiefer Konflikt.



Futter
für die Haie
Versicherungen
Rentenfonds
Investmentfonds
Betriebsrenten

Guido Westerwelle:

(FDP-Generalsekretär)

„Was jetzt vorliegt, sichert die Beiträge und die Renten nicht und ist gegen die junge Generation.“



Lothar Mark

(Vorstandsvorsitzender
Gontard & MetallBank)

„Die meisten erwarten aus der Rentenversicherung schon keine Erlöse mehr und es läßt sich ja nachvollziehen. Wenn im Jahr 2040 auf 100 Arbeitnehmer 100 Rentner kommen, dann kann man sich ausrechnen was dann übrigbleibt, wenn nicht sofort, schnellstens die Eigenverantwortung in sehr hohem Maße jetzt favorisiert und auch gefördert wird.“

ARD, 19.11. 2000

Riester: „Da ich weiß, daß diese Zahlen nicht vorliegen, frage ich mich, warum Sie das jetzt bringen. Diese DIW-Rechnung ist 4-5 Jahre alt.“

Borchert: „Nein, die ist gerade erst erstellt!“

Moderatorin: „Herr Seehofer, woher wissen wir was in 20, 30 Jahren sein wird?“

Seehofer: „Niemand, weder die Regierung noch die Opposition behauptet jetzt, daß wir ganz exakt die nächsten 30 Jahre vorausschauen und berechnen können. Aber gewisse Trends sind eindeutig, z.B. die Altersstruktur. Vor 30, 40 Jahren haben 3 Beitragszahler für einen Rentner einbezahlt - jetzt bewegen wir uns auf ein Verhältnis von 1:1 zu. Das ist eine Tatsache, die sie auch nicht in 10 oder 15 Jahren völlig umdrehen können. Also gewisse Trends sind eindeutig.“



Riester: „Ende des Jahres 2000 werden wir die 1. Lesung haben und wir werden im Jahre 2001 die 2. Lesung und 3. Lesung haben, das kann ich Ihnen schon sehr sicher sagen. Und das Gesetz wird im Frühjahr durch sein und wir werden dann wirklich sagen können: Jetzt haben wir stabile Voraussetzungen und jede Regierung ist verpflichtet diese stabile Voraussetzung auch in Zukunft zu halten.“

Das ist mir deshalb wichtig, weil Prognosen sich laufend verändern. Ich möchte aber, daß die Linien beibehalten werden.“
Ende

„Anlageberater“



Riesters Renten-„Reform“



Wir sollten **Eckehard Barthel**, (Abgeordneter für den Wahlkreis Kreuzberg/Schöneberg) fragen, ob er sich an den Plänen von Arbeitsminister Riester, den Sozialstaat zu demontieren, beteiligt.

nach Abzahlung ihres Eigenheims eine Eigentumswohnung kaufen und von den Mieteinnahmen zusätzlich leben. Das Umlageverfahren ist nicht mehr zu finanzieren. Auf dem Kapitalmarkt sind die Renditen hoch.“

Borchert: „Frau Sturm, das was mit dem Umlageverfahren beabsichtigt war, mit dem Generationenvertrag war, die Alten im Einklang mit der Lebenshaltung der Jungen zu versorgen. Dieses Ziel läßt sich unter allen wirtschaftlichen Umständen erreichen. Das kann ein armes Volk, ein reiches wie wir erst recht. Deswegen halte ich es für eine Abkehr von dieser Philosophie der Solidarität von Jugend und Alt, wenn wir so vorgehen wie das im Augenblick passiert.“

Frau Sturm: „Die private Vorsorge z.B. in der Schweiz oder in Holland beträgt 40% und da gibst nicht so diese Armut.“

Borchert: „Die Schweiz ist ein gutes Beispiel für ein funktionierendes System in der ersten Säule, weil wir das haben was bei uns fehlt und weiter demontiert wird, nämlich:

daß die Starken mit im Boot sind!

Die Schweiz hat ein System für die gesamte Bevölkerung. Sämtliche personengebundenen Einkommen werden ohne Bemessungsgrenze, dort in der Schweiz pflichtig gemacht für die Solidarität.“

Moderatorin: „Warum bleibt die Rentenversicherung beschränkt auf Arbeitnehmer, also auf normale Arbeitsverhältnisse und bezieht Selbständige und Beamte und Politiker nicht mit ein?“

Beifall!!!

Borchert: „Die „starken Schultern“ müssen mit ins Boot!“

Seehofer: Das Bundesverfassungsgericht hat erst vor kurzem in einem Urteil festgestellt - ein Auftrag an die Politiker - das normale Beschäftigungsverhältnis als Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherung in der Zahl immer stärker abnimmt. 1992 waren es noch 80% der Arbeitsverhältnisse, jetzt haben wir noch 60% Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse, mit sinkender Tendenz. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind aber die Grundlage für unsere Sozialversicherung. Und deshalb haben die Bundesverfassungsrichter gesagt: Die Politik müßte mal generell, nicht nur in der Rente, sondern auch in anderen Sozialversicherungszweigen überlegen, wenn die Arbeitseinkommen, gemessen am Volkseinkommen, immer kleiner werden und die Einkommen aus anderen Einkommensarten immer mehr zunehmen, ob dann die heutige Bemessungsgrundlage der Sozialversicherung noch stimmt. Das ist aber eine Aufgabe die bis Weihnachten nicht mehr zu leisten ist. Aber man muß sie weiter diskutieren.

Borchert: Die IGBAU hat einen Vorschlag gemacht der diese Dinge harmonisch auf den richtigen Nenner bringt. Die haben einfach gesagt, wir machen eine Frist von 44 Jahren zur Grenze für den Ruhestand. Wer 44 Jahre gearbeitet hat, der kann in den Ruhestand gehen. Das ist natürlich viel sinnvoller als zu sagen, mit 60, 65 oder 70 Jahren.

Was die Finanzierung angeht, das Zentralproblem, die IG Bau hat das ja vom DIW ausrechnen lassen, was das für den Beitragssatz bedeuten würde wenn wir alle reinnehmen ohne Beitragsbemessungsgrenze und auf der anderen Seite eine Rentenbegrenzung bei 4.500,- DM einbringen. Das würde eine Reduktion des Beitragssatzes um 5% ermöglichen. Das wäre der richtige Weg!“

Falsche Hoffnungen



Private Vorsorge

Walter Riestler sagt:

Wir wollen die Rente auf Dauer sicher und allbar machen. Damit ohnnebenkosten“ und das schafft mehr Arbeitsplätze. Zu diesem Zweck werden wir die **private Eigenvorsorge auf breiter Front fördern**. Das stärkt die Eigenverantwortung und schafft mehr Freiheit!

Das ist eine grandiose Täuschung der Arbeitnehmer und Rentner. Die Rente ist heute schon „sicher“ - aber was ist mit der Rentenhöhe? Walter Riestler will sie drastisch senken. Seine anderslautenden Erklärungen beruhen auf Annahmen die unrealistisch sind. Und die Beiträge?

Sie sollen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 22 % steigen (50 % davon Unternehmer und 50 % Arbeitnehmer), dann ist für die Unternehmer Schluß. Die weiteren Beitragserhöhungen dürfen die Arbeitnehmer „eigenverantwortlich, freiwillig und privat“ **alleine bezahlen!**

Und das die Beiträge steigen müssen, ist bei dieser Finanzierungsgrundlage (Arbeitnehmereinkommen) nicht zu vermeiden. Dabei werden nicht die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung erhöht sondern die Beiträge zur privaten Vorsorge! D.h., weiteres „Futter für die Haie“! Die gesetzliche Rentenversicherung wird damit schleichend ausgehöhlt. Die Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze dürfte ebenfalls eine Illusion sein, da die Rationalisierung weitergehen wird, gefördert durch Konzentration und Share Holder Value, mit Geldern aus Walter Riestlers Renten-“Reform“!



Norbert Hansen

(Vorsitzender Eisenbahnergewerkschaft TRANSNET)

„Ich hab ja schon gesagt, wir haben nicht das Problem mit der künftigen Struktur der Rentenversorgung. Wir haben kein Problem mit der zusätzlichen Säule der privaten Vorsorge. Wir haben Problem damit, wenn das der Einstieg in den Ausstieg der umlagefinanzierten Solidarversicherung sein soll.

Und deshalb unsere Forderung, daß hierbei auch die Kapitaleseite beteiligt sein muß. Und die ist noch nicht erfüllt.

Es kann nicht sein, daß hier etwas vorbereitet wird, was, wenn ich also so Herrn Westerwelle seine Position mal etwas näher betrachte, dazu führt, daß dann vielleicht in der nächsten „Reform-Welle“, unter möglicherweise anderen Regierungsverhältnissen, hier die Eigenvorsorge den größten Anteil darstellt. Das ist für uns eine Systemfrage die hier auf dem Prüfstand steht!“

ARD, 19.11. 2000

Die „Wohltaten“ der Regierung



Was die Regierung als Wohltat preist und von manchen so begriffen wird, ist ein weiterer **Griff in die Taschen der Arbeitnehmer**.

Es handelt sich um Steuergelder, die man ihnen vorher abgeknöpft hat. Die Steuerbelastung der Arbeitnehmer ist laufend gestiegen, während die der Unternehmer laufend gesunken ist!

Das Ziel dieser „Wohltat“ ist, möglichst viele Arbeitnehmer zur „Privatvorsorge“ zu veranlassen. Die „Abzocker auf den Kapitalmärkten“ bekommen glänzende Augen! So viel „frisches Blut“ hatten sie nicht erwartet. Sie kassieren dabei nicht nur das Geld aus den Arbeitnehmereinkommen, sondern auch noch „die breite Förderung“ aus dem Steuersäckel.

Und, sie machen dabei einen **zusätzlichen** Reibach: Durch die „breite Förderung“ werden Leute zur Privatvorsorge veranlaßt, die sich sonst nicht daran beteiligt hätten, weil ihnen hierzu das Geld fehlt.

Und was bedeuten diese Geschenke für die Mehrheit des Volkes? Die staatlichen Leistungen für Bildung, Sport, Kultur, soziale Sicherheit und öffentlichen Verkehr werden weiter eingeschränkt. Das was die Reichen sich privat in Hülle und Fülle leisten können, wird für die Mehrheit drastisch zusammengestrichen. Der sogenannte „schlanke Staat“ trifft diejenigen die auf den Staat angewiesen sind und ihn dafür ja auch finanzieren. Jetzt landen diese Gelder auch noch bei den Reichen. Diese Leistungseinschränkung hat

natürlich auch noch einen weiteren schmerzhaften Aspekt: Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sind davon betroffen, sie landen auf dem Arbeitsmarkt! Nicht ohne Grund kämpft die ÖTV gegen diese Umverteilung von unten nach oben! Der private Reichtum und die öffentliche Armut werden zunehmen.

So wie die CDU sich 16 Jahre lang um das Wohlergehen der Reichen kümmerte, eifert ihnen ein sozialdemokratischer Minister nach.



Riester: „Also wir haben uns darauf verständigt, daß wir eine breite private Vorsorge machen.“

Wir haben dann von uns aus gesagt, daß wir, wenn es ausgefahren ist in 8 Jahren, **19,5 - 20 Milliarden DM** Steuervolumen reinbringen. Darüber war die Union sehr überrascht, weil sie so viel gar nicht erwartet hat.“

Seehofer: Die private Vorsorge ist nur verantwortbar wenn der Staat den Kleinverdienern und den Familien mit Kindern so unter die Arme greift, daß die Personen auch die private Vorsorge auch bezahlen können.

Jetzt müssen Sie sich mal jemand vorstellen, der 3.000,- oder 4.000,- DM brutto verdient und davon soll er oder sie die 4 % bezahlen. Das sind 160,-, sind 200,-, sind 120,- Mark, je nach Verdienst, im Monat.

Und wenn hier der Staat diese Menschen alleine läßt, werden die die Vorsorge nicht betreiben können.

„Berlin Mitte“, 5.11.2000

Borchert: „Man sollte das Problem nicht im Hick-Hack, im Detail diskutieren, man sollte die großen Fragen diskutieren. Das fängt an, Herr Riester, bei der



„Sprachhygiene“, wie wir damit umgehen. Daß Sie die private Vorsorge immer als **zusätzlich** bezeichnen, wo sie doch, wenn man genau hinschaut, eine **ersetzende** Vorsorge ist. Sie nehmen einen Teil der Solidarveranstaltung, der Rentenversicherung weg, überantworten das dem Kapitalmarkt, den Herren in den Nadelstreifen. Wenn das Volk Pech hat, sind ein paar Nieten darunter. Besonderes Pech haben sie halt, wenn der Crash an den Finanzmärkten die Ersparnisse vernichtet. Wenn man in die Geschichte geht, stellen wir fest, **Deutschland hatte Kapitaldeckung bis 1957. Das ist zweimal gräßlich in die Hose gegangen.** Die Kapitalien wurden vernichtet und wer trat an Stelle der Kapitalien?- der Steuerzahler und damit das Umlageverfahren.

Und in den 30er Jahren - Anfang der 30er Jahre- war es die Vernichtung der Kapitaldeckung der Rentenversicherung durch die Inflation, die den Nazis den Weg gebnet hat.

**„Wenn die Rente wackelt,
rast der Mob!“**

war die Lehre aus der damaligen Zeit! Wie wollen Sie den Menschen über 30, 40 Jahre garantieren, daß ihre Anlagen auf den Kapitalmärkten gut aufgehoben sind und die Rendite erwirtschaften die sie sich erwarten?“

Moderatorin:

„Wie ist das Risiko der privaten Vorsorge zu bewerten?“

Riester: „Wir haben zuerst einmal die Sozialversicherungsrente stabilisiert, wir haben sie entlastet. Ich hab das vorhin ausgeführt. Wir stehen zur Sozialversicherungsrente die paritätisch finanziert werden. Und jetzt kommt ein kleiner Teil von einem halben Prozent, bis auf 4 % steigend, ergänzend hinzu, weil die Sozialversicherungsrente zur Lebensstandardsicherung insgesamt schon in der Vergangenheit für die Menschen nicht ausgereicht hat und viele ergänzende Vorsorge gemacht haben.“

Aber die mit den kleinen Verdiensten, die konnten sie schwer machen, und deshalb werden wir die mit den kleinen Verdiensten unterstützen, daß sie es auch machen können, um einen „Risiko-Mix“ zu haben.“

Borchert: „Das geht doch nicht, das haben wir doch gerade diskutiert!“

Riester: „Wir haben Millionen Menschen die ergänzende Altersvorsorge betreiben und keine Förderung bekommen, und (wir)möchten das auch diejenigen auf Breite, die es ergänzend machen wollen und machen müssen, daß sie auch eine Förderung bekommen.“



Frau Sturm (Unternehmerin):

„Als Unternehmerin sehe ich das eher positiv, diese 4 % und **das**

es auch für die Finanzmärkte interessant wird. Was ich mir wünsche, daß es auch in Immobilien geht. Daß sie



Seehofer: Die private Vorsorge ist nur verantwortbar wenn der Staat den Kleinverdienern und den Familien mit Kindern so unter die Arme greift, daß die Personen auch die private Vorsorge auch bezahlen können.

Jetzt müssen Sie sich mal jemand vorstellen, der 3.000,- oder 4.000,- DM brutto verdient und davon soll er oder sie die 4 % bezahlen. Das sind 160,-, sind 200,-, sind 120,- Mark, je nach Verdienst, im Monat.

Und wenn hier der Staat diese Menschen alleine läßt, werden die die Vorsorge nicht betreiben können. Betreiben sie die Vorsorge nicht, ist die Altersarmut für diesen Personenkreis vorprogrammiert, denn die gesetzliche Rente wird ja abgesenkt, ihr Niveau sinkt und wenn jetzt jemand keine private Vorsorge betreibt, weil die Förderung nicht ausreicht, dann heißt das für diese Personen, daß sie in die Nähe der Sozialhilfe oder sogar in Sozialhilfe-Niveau kommen.

Denn wenn wir in Deutschland von Rentenniveau reden, reden wir immer von Personen die 45 Jahre lang durchschnittlich verdient haben. Das ist aber heute schon nicht mehr die Hälfte der Bevölkerung. Und es sind vor allem nicht die Frauen. Die Frauen bringen in Deutschland im Durchschnitt 28 Versicherungsjahre zusammen.....

Wenn wir Politiker also von einem Rentenniveau reden, das bei 64 oder 70 % liegt, dann ist ein Großteil der Bevölkerung, insbesondere der Frauen,

davonüberhaupt nicht erfaßt, die liegen weit unter diesem Rentenniveau und das soll jetzt weiter gesenkt werden.

Und da sagen wir als Opposition, es wird kein Weg daran vorbeiführen, wir werden das Rentenniveau nicht halten können,..... aber wir legen Wert darauf, daß die Vorsorge so gestaltet ist, daß eine Verkäuferin mit 3000,- Mark brutto, die Vorsorge auch bezahlen kann.....

Das habe ich mir nie vorgestellt, daß ein Sozialdemokrat so etwas vorschlägt:

Ein gut verdienendes Ehepaar, bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 103.000,- Mark, kann bei Ihnen 4% als Sonderabzug abziehen, beide 8.000,- Mark, das ist ein Steuervorteil von **4.000,- Mark.**

Das gleiche Ehepaar das wenig verdient und den Steuervorteil nicht in Anspruch nehmen kann, kriegt **600,- Mark** Zulage. Jetzt vergleichen Sie die mal.

Und zweitens müssen Sie überdenken ob es gerecht ist, wenn ein Teil der Bevölkerung einen Steuervorteil von 4.000,- Mark bekommt im Jahr und ein anderer Teil, weil er von dem Steuervorteil nichts hat, eine Zulage von 600,- Mark. **Ich hätte mir nicht vorgestellt, daß ein Sozialdemokrat so etwas macht.“**

Riester: „Sie stellen Forderungen ohne zu sagen wie es zu finanzieren ist. Wir



machen eine riesige Anstrengung und werden insgesamt fast 20 Milliarden Mark Förderung dann auslegen auf die private Vorsorge. Wir haben sie absolut fokussiert auf Familien mit Kindern und auf geringe und mittlere Einkommen.“

Futter für die Haie



„Das Herzstück unseres Gesetzentwurfs ist die Förderung zusätzlichen Altersvermögens.“

Walter Riester
am 16.11.00 im Bundestag.

Die Renten-“Reform“ erweist sich, neben der Steuerreform, als ein **großartiges Geschenk der Regierung an die Unternehmer.**

Und das gleich zweimal:

- Durch den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung, sparen die Unternehmer Milliarden an Versicherungsbeiträgen („Lohnnebenkosten“).
- Mit der privaten Vorsorge werden den Versicherungen, Banken und Investmentfonds zusätzliche Milliarden in die Kassen gespült, für die sie erst nach Jahrzehnten Gegenleistungen erbringen müssen. (80-100 Milliarden DM jährlich!
Klaus Barthel)

Aus diesem Grunde wird die Renten-“Reform“ von Walter Rieseter von den Unternehmern auch wärmsten begrüßt und ihre schnelle Verabschiedung gefordert.

„Die internationalen Finanzmärkte erwarten,...“



Lothar Mark

(Vorstandsvorsitzender
Gontard & MetallBank)

„Die internationalen Finanzmärkte erwarten, daß Deutschland am Reformmeißer auf keinen Fall nachläßt.....

....Ich kann Sie nur ermutigen, machen Sie weiter, gehen Sie mutig Schritte weiter, auch wenn das im Moment Probleme mit sich bringt, mit den Gewerkschaften.“

„...wir haben heute abend eine exzellente Runde, zwischen 5 und 6 Millionen draußen aufzuklären und zu sagen: „Bitte seht zu, arbeitet für Eure Rente, der Staat alleine und die nachfolgenden Generationen können es nicht mehr leisten!“
ARD, 19.11. 2000



Norbert Hansen

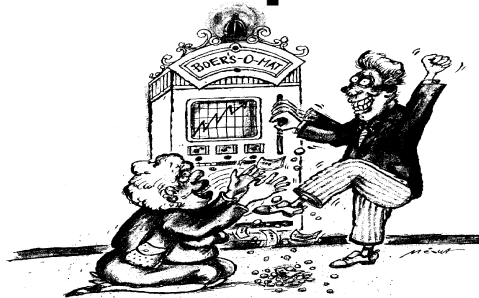
(Vorsitzender Eisenbahnergewerkschaft TRANSNET)

„Ich hab ja schon gesagt, wir haben nicht das Problem mit der künftigen Struktur der Rentenversorgung. Wir haben kein Problem mit der zusätzlichen Säule der privaten Vorsorge. Wir haben (ein) Problem damit, wenn das der Einstieg in den Ausstieg der umlagefinanzierten Solidarversicherung sein soll.

Das ist für uns eine Systemfrage die hier auf dem Prüfstand steht!“

ARD, 19.11. 2000

Die Zocker-Republik



Die ohnehin schon weit verbreitete „**Zocker-Mentalität**“ (Lafontaine: Casino-Kapitalismus) wird durch die SPD-Renten-“Reform“ weiter gefördert. Auf der Suche nach der besten Rendite für die private Altersvorsorge, stürzen sich die Menschen in finanzpolitische Abenteuer, die sie teuer zu stehen kommen. Tausende von Versicherungsvertretern („**Drücker-Kolonnen**“) stehen bereit, um den Menschen das schwer erarbeitete Geld abzuknöpfen, indem sie ihnen fragwürdige Spar-, Kapitalanlagen und Versicherungsverträge aufschwätzen. Aber auch der Einstieg in das Aktien- und Fondsgeschäft wird gefördert und wird den Menschen nicht nur das Geld, sondern auch den Schlaf rauben. Mit der Vorgaukelung von riesigen Renditen und einem Alter ohne Not und Sorgen, wird die Masse der Arbeitnehmer den „Versicherungs- und Börsenhaien“ ausgeliefert. Was das praktisch bedeutet ist in einer TV-Sendung über Schweden dargestellt worden:

„Millionen Schweden brüten über dem Wirtschaftsteil der Zeitung, denn der richtige Fonds verspricht natürlich eine sichere Rente.“

Schwedische

Abende im November 2000:

Von Ruhe und Beschaulichkeit hinter der Fassade - keine Spur. Ein ganzes Volk wühlt sich in diesen Tagen durch Finanzkataloge, sortiert Werbeangebote.

Eva Lindquist raucht der Kopf. Um 2,5 % steigt der Rentenbeitrag. Und diese 2 1/2 Prozent müssen alle Schweden ab Januar selbst investieren. Ein Stück Eigenvorsorge fürs Alter, so verlangt es der Staat.

„Gut und schön“, meint Eva, „aber wer sagt mir, welche Anlageform die richtige ist?“

„Sage und schreibe 500 Anbieter buhlen um mein Geld! Ich muß in Zukunft ständig am Ball bleiben, die Börse beobachten wie sich die Fonds und Aktien entwickeln.“

Also wer sich viel Zeit nehmen kann, für den kann sich die Sache lohnen. Eva hat die Zeit nicht, fühlt sich überfordert, von einer Rentenreform die ein ganzes Volk zu **Börsianern** macht, ob es will oder nicht!

Eva sucht Rat bei Nachbarn. Peter L. ist Banker. Seine Empfehlung: „Aktienfonds. 30 Jahre günstig angelegt, das könne für die monatliche Rente ein Plus von umgerechnet 1000,- Mark und mehr ausmachen.“

Die Regierung hat für ihre verunsicherten Bürger ein Call-Center eingerichtet. Nur noch wenige Tage um sich für eine Anlage zu entscheiden. „Keine Panik“ beruhigt die freundliche Auskunft. Wer nicht selbst wählen mag, für den plazierte „Vater Staat“ - allerdings konservativ, ohne große Rendite - in einen öffentlichen Rentenfonds. Wir lassen uns im **Finanzministerium** erklären warum Eigenvorsorge unausweichlich ist in Schweden.

„Heute versorgen 100 Arbeiter etwa 30 Rentner und in 2025 wird diese Zahl 40 Rentner(sein). Das alte System war nicht für diese Belastung vorbereitet.“

Zurück zu den rauchenden Köpfen im Wohnzimmer von Eva:

„Er akzeptiere den privaten Beitrag zur Rente nur zähneknirschend“ - sagt Nachbar Jürgen F. „Ich werde mich ständig gejagt fühlen, mein Geld so optimal wie möglich zu plazieren. Ganz klar, zwischen Gewinnern und Verlierern im neuen Rentensystem wird es große Unterschiede geben.“

„mittags-magazin, ORB, 16.11.00

Das Beispiel Schweden

„Berlin - Mitte“

Talk-Show mit Maybrit Illner
5.10.00, 22.15 Uhr, ZDF



Seehofer: Was jetzt vorliegt ist so ungerecht und kompliziert, daß wir dem nicht zustimmen können. Wir befürchten, daß die Altersarmut in Deutschland entsteht. Wir glauben in der Tat, daß die junge Generation überproportional belastet ist mit einem hohen Beitrag, mit einem niedrigen Rentenniveau und was wir in den letzten Wochen auch vernehmen mußten, möglicherweise auch noch mit einer längeren Lebensarbeitszeit.....

Jetzt wollen wir in der Bundesrepublik Deutschland eine breite und schnelle Förderung für die private Vorsorge - für die ich bin - das ist der Punkt wo wir übereinstimmen, daß die gesetzliche Rente alleine, langfristig den Lebensstandard der Menschen nicht mehr sichern kann, deshalb muß sie **ergänzt** werden, ich betone aber **ergänzt**, durch private Vorsorge. Das halte ich für einen „**Quantensprung**“ in der deutschen Sozialpolitik. Da sind wir uns einig. Nur, es muß auch handwerklich richtig umgesetzt werden. Und diese private Vorsorge können wir den Leuten nicht zumuten mit einer Förderung von monatlich 3,75 DM. Da kann sich eine Verkäuferin das nicht leisten.



Riester: Also wir haben uns darauf verständigt, daß wir eine breite private Vorsorge machen.

Wir haben dann von uns aus gesagt, daß wir, wenn es ausgefahren ist, in 8 Jahren, 19,5 - 20 Milliarden DM Steuervolumen reinbringen. Darüber war die Union sehr überrascht, weil sie so viel gar nicht erwartet hat.

Wir haben es dann so ausgestaltet, daß wir es stark konzentrieren auf Familien mit Kinderzulagen. D.h., wenn wir an dem Punkt sind, das 4% Eigenvorsorge da ist, dann bekommt die Familie 600,- Mark Grundbetrag plus Kind 360,- Mark. Also eine Familie mit 2 Kindern bekommt dann 1.320,- Mark Förderung (Vc.: Im Jahr!). Das ist völlig klar, daß das nicht nächstes Jahr schon beginnen kann, sondern wir machen das in 8 Stufen, weil, das ist sonst nicht zu finanzieren.....

Wenn das alles zu finanzieren wäre dann würde ich mich gerne auf Ihre Linie einlassen. Aber ich muß schauen was finanzierbar ist.“

Borchert:

Herr Riester, es ist keine Frage der Finanzierbarkeit, sondern immer eine Frage der gerechten Verteilung! Um nichts anderes geht es! -Beifall-



Riester:

„Aber auch was sie verteilen, muß erst da sein.“

Klassenkampf live!

„Sozial-Partner“ im Gespräch



Rogowski:

Hauen Sie doch nicht mit solchen Vokabeln um sich wie „Erpressen und...“



Sommer:

Was denn sonst...? Sie erpressen doch am laufenden Meter die Leute mit der Arbeitsplatzangst.



Rogowski:

Kommen Sie runter, es wird nicht besser, richtiger wenn Sie noch lauter reden.



Sommer:

Mir gehts hier um Menschen...



Rogowski:

Uns gehts auch um Menschen...



Sommer:

Nein, nein Ihnen geht es um Profit und sonst nichts.

Rogowski:

Reden Sie doch keinen solchen Unsinn.



Wie versprochen, so gebrochen!



Gerhard Schröder

1998 vor der Bundestagswahl:

*„Ich möchte gemessen werden, nach 4 Jahrenan einer einzigen Frage, an der nämlich ob es einer neuen Regierung gelungen ist, die **Arbeitslosigkeit massiv zu senken** - daran wollen wir gemessen werden!“*

